

TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE

P/XXV/20

Bonn, den 30. Januar 1970

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite

Zeilen

1 - 2

Das "Denkmodell"

76

Erregte Diskussionen über die geplante
Verwaltungsreform in Baden-Württemberg

Von Horst Seefeld, MdB

3 - 4

Polemik um jeden Preis?

66

CDU/CSU-Nervosität, wenn Sozialdemokraten den Vatikan besuchen

5

Neuer Anlauf für Wahlrecht der Schweizer Frauen

49

Noch immer keine volle Gleichberechtigung

Von Hermann Battaglia, Bern

FRAU UND GESELLSCHAFT bringt heute:

Sklaverei mit Sex und Wermth?

Tödliche Langweile als Los der Hausfrau zeigte ein
Fernsehfilm von Hellmuth Costard

Ein Hilfeschrei zum Thema Kindergärten:
Kinder warten auf der Treppe...

Renate Lepsius jetzt im Beirat der Bundeszentrale
für politische Bildung

Das "Denkmodell"

Erregte Diskussionen über die geplante
Verwaltungsreform in Baden-Württemberg

Von Horst Seefeld, MdB

Baden-Württembergs Innenminister Walter Krause zieht zur Zeit durch das Land. In fünf Regionalkonferenzen konferiert er mit den Kommunalpolitikern seiner Partei. Es geht um das "Denkmodell zur Kreisreform", das durch sein Ministerium erarbeitet und vom Kabinett akzeptiert wurde. In den betroffenen Dörfern und Landkreisen erhitzt dieses Werk die Gemüter, teils zustimmend, teils ablehnend.

Mit dem "Denkmodell" will die Landesregierung die innere Struktur des südwestdeutschen Bundeslandes den Erfordernissen der Zukunft anpassen. Walter Krause kann sich bei seiner Arbeit gegenüber kritischen Parteifreunden u.a. auf zwei Grundlagen berufen, die ihm seine Partei mit in sein Ministeramt gegeben hat. Im sozialdemokratischen 8-Punkte-Wahlprogramm wurde vor der letzten Landtagswahl 1968 u.a. erklärt:

- * "Unser Land braucht eine moderne, sparsame und für jeden
- * Bürger überschaubare Staatsverwaltung, Dieses Ziel kann
- * nur durch eine umfassende Reform der gesamten öffentlichen
- * Verwaltung erreicht werden."

Noch deutlicher wurde in dem SPD-Programm zur Regierungsbildung 1968 formuliert:

- * "Baden-Württemberg braucht ein Konzept für die Verwaltungs-
- * struktur von morgen. Deshalb wird ein Konzept für eine um-
- * fassende Reform der öffentlichen Verwaltung mit dem Ziel
- * einer Vereinfachung des Verwaltungsablaufs, des Behörden-
- * abbaus und einer Verlagerung von Zuständigkeiten nach un-
- * ten erarbeitet und baldmöglichst durchgeführt werden."

Krause ist sich darüber im klaren, daß es kein leichtes Unterfangen ist, Landkreise aufzulösen und mit anderen zusammenzulegen, die Zahl der Regierungspräsidien von vier auf zwei zu verringern und auch bei den sogenannten Sonderbehörden (Schulämter, Finanzämter, Gesundheitsämter, Straßenbauämter, Landwirtschaftsämter, Forstämter, Wasserwirtschaftsämter und andere Ämter) - deren Aufgabenbereiche sich nur selten mit den jetzt vorhandenen Landkreisen decken - neue Regelungen zu schaffen.

Der Minister weiß, wie wenig man bereit ist, vertraute Strukturen von heute auf morgen aufzugeben. Es erschüttert ihn auch nicht, wenn erste Reaktionen bisweilen hart sind. Für ihn ist das verständlich. Auch die Bildung von Kreiserhaltungsvereinen kommt nicht unerwartet; sie besagt im übrigen nichts über die Richtigkeit, alles zu überdenken und Bewegung in die bisherigen Verwaltungsschemen zu bringen.

Gelassen weist der Minister darauf hin, daß bei der Zusammenlegung von Gemeinden gute Erfahrungen gesammelt worden sind. Bis zum 1. Januar 1970 haben sich 45 Gemeinden in Baden-Württemberg freiwillig zusammengeschlossen. "Die Bevölkerung geht mit" und es habe sich dabei um "weitsichtige Entschlüsse der Bürger" gehandelt, sind Krauses Lobformulierungen. Diese Gemeindereformen, die zum Teil große Beachtung im Lande fanden, haben den Weg für die jetzigen Diskussionen geöffnet.

Nach Walter Krauses Planung ist die erste Runde in der großen Verwaltungsreform eingeläutet. Das "Denkmodell" wurde publik gemacht. Es wird überall diskutiert. Bis zu einem bestimmten Zeitpunkt sollen die Meinungen gesammelt werden. Dann beginnt die zweite Runde mit den Auswertungen. Im letzten Teil muß dann der Landtag entscheiden. Das sollte möglichst bald geschehen, denn 1971 sind Kommunalwahlen, 1972 wird der Landtag gewählt und 1973 steht schon die nächste Bundestagswahl an. Viele meinen, die Landesregierung will möglichst noch 1970 "Nägel mit Köpfen" machen.

"Denkmodelleur" Krause ist optimistisch. Er meint: "Man soll öffentlich darüber streiten, wir werden sehen, wie stark die Argumente sind. Am Denkmodell führt kein Weg mehr vorbei."

Allerdings ist im badischen Teil dieses Bundeslandes zugleich ein Kampf an zwei Fronten zu führen. Die "Baden-Abstimmung" steht in wenigen Monaten bevor. Für die Wiederherstellung des alten Landes Baden ist die geplante Verwaltungsreform sicherlich ein willkommenes Argument. Sie wird zur Stimmungsmache in Gegenden benutzt werden können, die keine Funktion als Kreisstadt mehr und weitere Wege zum neuen Landkreiszentrum haben werden.

Doch am Weiterbestand des Landes Baden-Württemberg zweifelt weder der CDU-Ministerpräsident Filbinger, noch sein SPD-Stellvertreter Krause. Ihr Ziel bleibt: Starke und leistungsfähige Gemeinden und Kreise zu schaffen; mehr Zuständigkeiten nach unten geben; Verwaltungsvereinfachung auf allen Ebenen. Ob allerdings das "Denkmodell" in der jetzt vorgelegten Fassung verwirklicht wird, bleibt dahingestellt. Jedenfalls hat es zum Nachdenken angeregt und das Gespräch über Änderungen im Verwaltungsaufbau Südwestdeutschlands in Gang gebracht. Auch das ist schon viel.

+ + +

Polemik um jeden Preis?

CDU/CSU-Nervosität, wenn Sozialdemokraten den Vatikan besuchen

sp - Immer wenn SPD-Politiker in den Vatikan reisen, bricht für die CDU/CSU die Welt zusammen. Man reagiert, als werde dabei "rechtswidrig" christdemokratisches Territorium betreten. Die Sorge um eine unkritische katholische Wählerschaft, der um jeden Preis das inzwischen vergilbte kirchenfeindliche Image der Sozialdemokratie erhalten werden soll, dürfte zweifellos berechtigt sein; denn die C-Parteien stützen sich mehr auf die Geister von gestern und nicht auf die Gesellschaft von morgen. So jedenfalls sagte es der evangelische Publizist Eberhard Stammeler im offiziösen Organ der EKD, den "Evangelischen Kommentaren". Noch präziser sagte er es so: Das Wählerkontingent der CDU/CSU repräsentiere vornehmlich die noch traditionsverhafteten Bevölkerungsschichten, die "aus der ländlichen Provinz unter dem engen Horizont des Kirchentums und dem Rentnermilieu mit Volksschulniveau". Man muß Stammeler Recht geben angesichts der billigen Polemik, mit der CDU und CSU sowie ihre Schrittmacher aus einer bestimmten katholischen Presse gegen den Kombesuch der SPD-Politiker Wehner und Leber polemisierten.

Der Grund einer Nachlese zu diesem Besuch ist eben das Niveau dieser Polemik, die den Urhebern ins eigene Auge gegangen ist. So war es ausgerechnet die größte katholische Wochenzeitung, die "neue bildpost", die im Sinne der CDU/CSU von einem "schweren Zusammenstoß zwischen dem Vatikan und der neuen SPD/FDP-Regierung" wissen wollte und die polnischen Bischöfe in ein "deutsch-polnisches Komplott" hineinmanipulierte, das der Papst "durchschaut" habe. Parallel dazu verbreiteten andere Publikationen einen angeblich "sensationellen Protest" des Vatikans gegen Bonn und eine "erhebliche Mißstimmung" des Papstes über angebliche Versuche Bonns, den Vatikan zu einer Verwaltungsreform in den Seelsorgegebieten jenseits der Oder-Neiße-Grenze zu ermuntern. Einige Kirchenblätter betrieben Parteipolitik mit der Schlagzeile: "Brandt im Vatikan abgeblitzt", was oberflächliche Leser wohl zu der Meinung veranlassen sollte, Brandt habe den Vatikan besucht.

Mitten in diese Polemik platzte eine Nachricht der KNA aus Warschau. Darin war die Rede von einem Memorandum der polnischen Bischöfe, das der Primas von Polen, Kardinal Stefan Wyszyński, dem Papst überreicht

hatte. In dem Memorandum wurde vom polnischen Episkopat eine Neuordnung der Diözesen und der kirchlichen Verwaltung der Oder-Neiße-Gebiete (im Memorandum wurden diese Gebiete "polnische Westgebiete" genannt) vorgeschlagen. Seinen Bischöfen berichtete Kardinal Wyszynski über die Reaktion des Papstes: "Der Papst hat das Memorandum des polnischen Episkopats wohlwollend angenommen und versichert, daß der Hl. Stuhl die Bedeutung des Problems für die polnischen Bischöfe gut versteht und es einer eingehenden Prüfung unterziehen wird" (KNA).

Die "neue bildpost" v e r s c h w i e g diese Vorgänge ebenso wie die gesamte CDU/CSU-orientierte katholische Presse. Zumindesten wurden sie heruntergespielt. Niemand wagte dem polnischen Kardinal zu widersprechen, daß der Papst das Ansinnen der polnischen Bischöfe "wohlwollend angenommen" habe, während er das angeblich gleiche, aber nicht gestellte Ansinnen deutscher Politiker mit "erheblicher Mißstimmung" quittiert habe und das "Komplott" von Bonner Sozialdemokraten und polnischen Bischöfen "durchschaut" haben soll. Die Schadenfreude von CDU/CSU-Seite, der Papst habe sich nicht als "Vorreiter möglicher Bonner Ambitionen" einspannen lassen, hat sich zur schlichten Meinungsmache aufgelöst, zur Manipulation eines Vorgangs. Die Schadenfreude wäre jetzt aber auf der anderen Seite angebracht: Der Papst hat sich zweifellos nicht im Sinne der Christdemokraten einspannen lassen und das angeblich SPD-inspirierte Memorandum der polnischen Bischöfe "abblitzen" lassen. Kein geringerer als Kardinal Wyszynski bestätigt diesen Sachverhalt.

In einem Leserbrief an die "Münchner Katholische Kirchenzeitung" hat sich ein junger Theologe darüber beschwert, daß Kirchenzeitungen im Sinne der Unionsparteien gegen den Papstbesuch der SPD-Politiker polemisieren. Er weist diese "einseitige parteipolitische Orientierung" zurück und erwidert, daß die Ostpolitik der neuen Bundesregierung im Hinblick auf Polen "im Grunde genommen auf der staatlichen Ebene das bedeutet, was auf der kirchlichen Ebene im Herbst 1965 während der letzten Konzilsperiode geschah, als nämlich der Dialog des deutschen und polnischen Episkopats begann".

+ - +

Neuer Anlauf für Schweizer Frauen

Noch immer keine volle Gleichberechtigung

Von Hermann Battaglia, Bern

Elf Jahre, nachdem die Schweizer Männer die Einführung des Frauenstimm- und -wahlrechts in eidgenössischen Angelegenheiten mit einem Stimmenverhältnis von 2 : 1 abgelehnt haben, wird ein neuer Versuch gestartet: Der Bundesrat beantragt im Parlament, den Frauen durch eine Verfassungsänderung die politische Gleichberechtigung auf Bundesebene zu erteilen. Sofern Nationalrat und Ständerat diesem Antrag zustimmen, werden die Stimmbürger, sehr wahrscheinlich Ende 1970, das letzte Wort haben.

Rechtlich wäre es zwar möglich, durch einen Entscheid auf Bundesebene das Frauenstimmrecht auch für die Kantone und Gemeinden einzuführen. Wenn sich auch die neue Vorlage wiederum auf den Bund beschränkt, so aus zwei Gründen: Einerseits ist die Landesregierung der Auffassung, daß es in der föderalistisch aufgebauten Schweiz nicht gut ist, wenn sich die Zentralgewalt in allzuvielen Probleme einzuschalten versucht. Andererseits würde ein alle "Ebenen" umfassendes Projekt bedeutend mehr Angriffspunkte bilden, so daß seine Chancen gering wären. Selbst die führenden Verfechterinnen der politischen Gleichberechtigung sind dieser Auffassung.

Sonst aber sind sie, und mit ihnen zahlreiche Befürworter des Frauenstimmrechts, mit dem bundesrätlichen Vorgehen nicht zufrieden. Die Verfassungsänderung bildet den längsten und gefährlichsten Weg zur Gleichberechtigung. Die Frauenorganisationen sind der Auffassung, daß es kürzere und sichere Möglichkeiten gegeben hätte. Sie denken vor allem an eine zeitgemäße Interpretation des Begriffs "Schweizer" in der Verfassung. Sie beanstanden, daß der Bundesrat eine Vorlage ausgearbeitet hat, bevor ein "Interpretations-Vorstoß" eines Sozialdemokraten im Parlament behandelt wurde. Es wird darauf hingewiesen, daß z.B. die in der Schweiz lebenden Israeliten durch Verfassungsauslegung die politische Gleichberechtigung erhielten. Doch der Bundesrat zitiert zahlreiche juristische Kronzeugen und versucht damit zu beweisen, daß es den Weg der Interpretation nicht gibt.

Anderer Meinung als der Bundesrat sind die "Frauenführerinnen" und ihre männlichen Helfer auch in Bezug auf das "momentan günstige Klima". Sie hätten es lieber gesehen, wenn vorerst noch ein paar Erfolge auf kantonaler und kommunaler Ebene abgewartet worden wären. In den Kantonen und Gemeinden sind in letzter Zeit in Bezug auf das Frauenstimmrecht schöne Erfolge erzielt worden. Die Chancen für den eidgenössischen Urnengang wären dann wohl größer geworden. Daß es dem Bundesrat plötzlich pressiert hat, liegt denn auch nur zum kleinsten Teil an der günstigen Stimmung im Volk als in einem abgegebenen Versprechen: Als die Landesregierung letztes Jahr die Europäische Menschenrechtskonvention unter Vorbehalten unterschreiben wollte, wehrten sich die Frauen: Sie verlangen vorerst die gleichen politischen Rechte wie die Männer.

Nachdem die Vorlage nun da ist, gilt es, sie trotz ihrer eventuellen Mängel und des verfrühten Zeitpunktes über die Runden zu bringen. Wird sie in der Volksabstimmung verworfen, dürften wieder zehn Jahre vergehen, bis ein neuer Versuch gewagt wird. Das Parlament wird ohne Zweifel ja sagen. Die Chancen, bei dem Männervolk durchzukommen, sind auf alle Fälle viel besser als das letzte Mal.